

# Windkraft-Pläne auf Eis

**ENERGIE** Gemeindevertretung will auf Regionalplan warten und sich sachkundig machen

**AARBERGEN** (haw). Die Pläne zur Errichtung von Windkraftanlagen bei Hausen werden vorerst nicht weiterverfolgt. Die Gemeindevertretung fasste in ihrer Sitzung am Donnerstagabend mehrheitlich den Beschluss, keine weiteren Schritte zu unternehmen, bis feststeht, welchen Flächen im Regionalplan für die Windenergienutzung vorgesehen sind. Gleichwohl wollen sich die Parlamentarier sachkundig machen – strittig war dabei nur, ob die Bürger dazu ebenfalls eingeladen werden.

Etwa 100 Bürger verfolgten die Sitzung, bei der die SPD das Thema Windkraft auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Sie wollte den Gemeindevorstand

per Antrag damit beauftragen, auf dem gesamten Gemeindegebiet nach geeigneten Standorten zu suchen, die dann als im Flächennutzungsplan ausgewiesene Vorrangflächen eine Ausschlusswirkung für die restliche Gemarkung entfalten. Dabei solle auch untersucht werden, ob dem Bau von Windrädern an diesen Standorten „öffentliche Belange“ entgegenstünden. Außerdem solle sich der Gemeindevorstand auch mit den Nachbarkommunen beraten.

Zur Begründung hatte die SPD angeführt, dass die Gemeinde die Bauleitplanung als Steuerungsinstrument nutzen solle, weil die Aufstellung des Regionalplanes noch längere

Zeit in Anspruch nehmen werde. Um „Wildwuchs“ von Windrädern auf Aarbergener Gebiet zu verhindern, müsse der planungslose Zustand beendet werden, so Fraktionsvorsitzender Dieter Kirschhoch. Er riet zudem dazu, die Bürger frühzeitig über alle Schritte zu informieren und stellte klar, dass die SPD nicht generell gegen Windenergie sei, das Thema aber in dicht besiedelten Gebieten besonders sensibel diskutiert werden müsse.

Unterstützung erhielt die SPD von Grünen und Bürgerliste. Jürgen Fiedler sagte, die BL sei für erneuerbare Energie, geeignete Flächen hätten jedoch genauer untersucht und weitere Anbieter gefragt wer-

den müssen. Jürgen Bauer (Grüne) sprach sich dagegen aus, bei der Prüfung auch gleich teure Windmessungen vorzunehmen. Dies sei später Sache des Investors.

Anders sah die CDU die Sache: Als Grundlage für einen Flächennutzungsplan seien teure Gutachten notwendig, für die im Haushalt kein Geld zur Verfügung stehe. Zudem sei eine Genehmigung des Flächennutzungsplanes fraglich, sollten die Festsetzungen darin gegen von übergeordneter Stelle geplante Maßnahmen verstoßen. Fatal wäre aus Sicht der CDU auch, wenn im Regionalplan keine Flächen für Windenergie ausgewiesen würden, sie aber in den Plänen der Gemeinde

enthalten seien. Man solle sich deshalb sachkundig machen und sich die Pläne der Firma Juwi zunächst intern vorstellen lassen, schlug Fraktionsvorsitzender Jan Crecelius vor. In eine Entscheidung könne dann die Meinung der Bürger einfließen.

Damit erntete er herben Widerspruch von SPD-Vertreter Holger Andre. Damit eine „optische Umweltverschmutzung“ ausgeschlossen werden könne, müssten die Bürger beteiligt werden, forderte er.

Nach einigem Hin und Her wurde der SPD-Antrag mit großer Mehrheit beschlossen; allerdings soll die Standortsuche nicht in einem rechtsverbindlichen Plan münden.